

UEL zur wirtschaftspolitischen Lage der Nation

„Luxemburg, ein Land der Paradoxe“



zeit- und arbeitsaufwändige legislative und administrative Umfeld. An dieser Stelle müsste die Politik schnellstmöglich ansetzen.

Zudem fordert die UEL eine flexiblere Gestaltung des Arbeitsrechts. „Eine gute soziale Absicherung ist unvereinbar mit wirtschaftlicher Rigidität“, gab sich Wurth gestern überzeugt.

Sorgen bereitet der UEL auch die Arbeitslosigkeit. „Luxemburg ist in diesem Bereich, ähnlich wie bei der Wettbewerbsfähigkeit ein Land der Paradoxe“, sagte Wurth. „In wirtschaftlich günstigen Zeiten ist eine fast stagnierende Arbeitslosenquote sehr bedenklich.“ Diesen Ist-Zustand führen die Unternehmenschefs auf eine mangelhafte Schulpolitik zurück. Die diesbezüglichen Lösungsvorschläge der UEL zielen u.a. auf eine Reform der beruflichen Ausbildung. Auch müsste über Maßnahmen diskutiert werden, die den längeren Verbleib der Angestellten in einem Arbeitsverhältnis ermöglichen.

Einheitsstatut

In Sachen Einheitsstatut wiederholten die Vertreter der UEL ihren bekannten Standpunkt. „Das Patronat stimmt dem geplanten 'statut unique' zu, sofern die in der Tripartite beschlossene Kostenneutralität gewährleistet

Foto: Tageblatt-Archiv/Alain Rischard

UEL-Präsident Michel Wurth: „Gute Sozialabsicherung ist unvereinbar mit wirtschaftlicher Rigidität“

Tom Wenandy

Anlässlich der dritten Ausgabe ihrer „Journée de la presse“ legte die UEL, der Dachverband der Luxemburger Unternehmen, gestern ausführlich ihre Position zur aktuellen wirtschaftspolitischen Lage des Landes dar.

„Die UEL vertritt – direkt oder indirekt – die Interessen der gesamten luxemburgischen Wirtschaft. In allen sektorenübergreifenden Dossiers erlaubt sie den nationalen Betrieben mit einer Stimme zu sprechen.“ Es schien, als ob UEL-Präsident Michel Wurth eingangs der gestrigen Pressekonferenz ganz bewusst an das etwaige Gewicht des Unternehmenverbands erinnern wollte.

Die UEL („Union des entreprises luxembourgeoises“) legte

dann auch einen programmatischen Bericht vor, in dem sie eigenen Aussagen zufolge versucht, Antworten auf die derzeitigen und zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu geben. Dies im Rahmen eines globalen Konzepts der nachhaltigen und dementsprechend langfristigen Entwicklung.

Die größten Sorgen bereitet den Verantwortlichen der Luxemburger Unternehmen die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Wirtschaft. „Das derzeitige Wirtschaftswachstum, das hauptsächlich auf dem Finanzsektor beruht, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Wettbewerbsfähigkeit in relativen Zahlen rückläufig ist“, stellte Wurth fest. Vor allem Klein- und Mittelbetriebe seien von diesem Trend betroffen. In diesem Zusammenhang erinnerte der UEL-Präsident dann auch daran, dass die Wettbewerbsfähigkeit nur ein

Mittel zum Zweck, ein Instrument zum Erhalt des sozialen Fortschritts sowie zur Absicherung der Sozialversicherungssysteme sei.

Inflation

Die Hauptursache für das angesprochene Problem sehen die Unternehmenschefs nach wie vor in der im Vergleich zum nahen Ausland hohen Inflationsrate. „Das Großherzogtum muss sich eine echte voluntaristische Anti-Inflationspolitik geben“, so die erneute Forderung der UEL. Nur auf diese Weise könnte einer wachsenden Benachteiligung der luxemburgischen gegenüber den ausländischen Betrieben langfristig entgegengewirkt werden. Als weiteres Hindernis für eine größere Konkurrenzfähigkeit werten die Verantwortlichen des Unternehmensverbands das nationale

wird.“ Das derzeit vorliegende Modell käme dem nicht nach, die Regierung habe der UEL aber zugesichert, sich dieses Problems anzunehmen, gibt sich die UEL zuversichtlich. Von Steuererleichterungen als Kompensationsmaßnahme will das Patronat derweil nichts wissen. „Einheitsstatut und Steuergesetzgebung sind zwei verschiedene Dossiers“, betonte Wurth. Allerdings kann sich die UEL vorstellen, dass im Kontext des Einheitsstatuts eine Steuerbefreiung der Überstunden sowohl den Arbeitgebern als auch den Arbeitnehmern entgegenkommen würde.

Als „industriefeindlich“ bezeichneten die UEL-Verantwortlichen schließlich die Kioto-Allokationspolitik der EU. „Die Industrie hat in den letzten Jahren ihren Teil an CO₂-Emissionseinsparungen geleistet. Weitere Zugeständnisse sind wirtschaftlich nicht tragbar“, hieß es. Im gegenteiligen Fall seien Auslagerungen wohl unvermeidlich.